

**Bezugpreis:**  
Wochenschrift 30.— M., monatlich 10.— M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: monatlich 10.— M., einjährig 120.— M.  
Belegungsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Danzig, das Saar- und  
Westpreußen, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,  
Litauen und Ostgalizien 20.— M., für  
das übrige Ausland 27.— M. (Post-  
belegungen nehmen an Oesterreich,  
Litauen, Tschechien, Estland, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz)  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk und Welt“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimweh“ und der  
Beilage „Siedlung und Ackerbau“  
erscheint wöchentlich zweimal, Son-  
ntags und Montags einmal.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltigen Raumzeilen  
kosten 5,20 M. „kleine Anzeigen“  
das festgedruckte Wort 1,50 M. (un-  
abhängig vom festgedruckten Worte), jedes  
weitere Wort 1.— M. Stellengeld  
und Schließelmannzeilen das erste  
Wort 1.— M., jedes weitere Wort  
10 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Seite 1.— M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leitungsgebühren.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Schlußzeit  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 7. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Protest gegen das Hoefler-Ultimatum.

Die deutschen Botschafter in London, Paris und Rom sind, wie wir hören, beauftragt worden, bei diesen Regierungen wegen des Ultimatums der Interalliierten Kommission in Oppeln an den General Hoefler mündliche Vorstellungen zu erheben. Der Botschafter in London hat dies bereits getan. Eine Note ist, entgegen anders lautenden Meldungen, nicht überreicht worden. Das Ultimatum an Hoefler hat die Reichsregierung veranlaßt, bei den alliierten Regierungen noch einmal eingehend gegen die unerhörte Verletzung des Verlangens nach einem Zurückgehen des deutschen Selbstschutzes mit der Drohung der Auslieferung der oberschlesischen Städte an die polnischen Insurgenten Einspruch zu erheben.

### Neues polnisches Angebot.

Einem Bericht des „Daily Telegraph“ zufolge haben die Führer der polnischen Insurgenten der Interalliierten Kommission den Vorschlag gemacht, die aufrehrerischen Truppen 6 bis 10 Kilometer hinter die augenblicklich gehaltene Linie zurückzuziehen. Die neutrale Zone sollte von den alliierten Truppen besetzt werden. Die Polen verpflichten sich ferner, die systematische Zerstörung des Privateigentums und der öffentlichen Gebäude zu verhindern. An diese Angebote werden jedoch folgende Bedingungen geknüpft: 1. Sofortige Einstellung des deutschen Vorrückens. 2. Zurückziehung der deutschen Truppen. 3. Aufhebung der deutschen Posten. 4. Einsetzung einer lokalen Polizei in der neutralen Zone, die unter der Kontrolle der Alliierten stehen müßte. 5. Versprechen der Alliierten, die polnische Bevölkerung unter ihren Schutz zu nehmen. Ähnliche Vorschläge haben die Insurgenten bereits öfter gemacht, aber nicht gehalten. Die „Times“ schätzt die Situation wohl richtig ein, wenn sie an eine Doppeldeutigkeit, nach der sich General Hoefler bereit erklärt hat, nicht vorzurücken, wenn auch die Polen ihre Aktion einstellen, den Kommentar knüpft, das sei gerade die Schwierigkeit, denn niemand — und am wenigsten der Stab der Aufständischen — könnte garantieren, daß sich die Aufständischen nicht rührten. Der Stab der polnischen Aufständischen bestche zum größten Teil aus nichtoberschlesischen Polen. Sie hätten das Vertrauen ihrer Leute und der britischen Befehlshaber verloren, die alle Krieg auf eigene Rechnung machten.

### Drohungen.

Paris, 7. Juni. „Daily Telegraph“ berichtet aus Oberschlesien: General Hoefler wurde davon verständigt, daß ein weiteres Vorrücken seiner Truppen das Leben und Eigentum der Deutschen in Oberschlesien gefährden und auch die vollständige Zerstörung der Bergwerke durch die Insurgenten zur Folge haben könnte.

Am „Echo de Paris“ erklärt Bertinaz zu der Note des Generals Hoefler an die Interalliierte Kommission, daß die einzige Intervention von Seiten Frankreichs nunmehr auf dem rechten Rheinufer vor sich gehen könnte.

### England und Oberschlesien.

Paris, 7. Juni. (W.T.B.) Wie Bertinaz im „Echo de Paris“ mitteilt, hat die englische Regierung gestern dem französischen Ministerium des Auswärtigen eine neue Note zugehen lassen. Die englische Regierung hat erklärt, sie werde die letzte französische Note erst beantworten, wenn sie den ersten Bericht ihres neuen Vertreters in Oberschlesien erhalten habe. Hinsichtlich der Haltung der französischen Truppen zu Beginn des polnischen Aufstandes, die die englische Regierung als zu polenfreundlich bezeichnet habe, hält nach Bertinaz die englische Regierung ihre ersten Behauptungen vollkommen aufrecht.

### Die englische Presse ungeduldig.

London, 7. Juni. (W.T.B.) Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily News“ schreibt: In England werde ein formelles Bündnis mit Frankreich nicht gewünscht. Die britische und französische Politik seien heute radikal voneinander verschieden. Es sei zweifellos, zu behaupten, daß beide Länder dasselbe Ziel haben, wenn es doch nicht der Fall sei.

„Daily Chronicle“ schreibt in einem „Die Entente“ überschriebenen Artikel: Die nächste Zukunft des Obersten Rates sei noch nicht festgesetzt worden, und dabei häuften sich die Fragen an, mit denen sich der Rat beschäftigen müsse. Oberschlesien bleibe das Hauptproblem; die Verschleppung in der Behandlung dieser Frage ziehe ernste und nicht notwendige Gefahren nach sich. Außerdem jedoch seien vorhanden das Problem des nahen Ostens, das Problem der Aburteilung der Kriegsschuldigen, über das nach „Transsibirien der Berechtigung“ in Leipzig zumindest gelogt werden müsse, daß es seine weitere Erörterung erfordere, und schließlich müßten noch eine oder zwei Reparationsfragen von dem Obersten Rate erörtert werden.

„Daily Chronicle“ erklärt weiter, ein endgültiges Interalliiertes Abkommen und eine gleiche Politik in Oberschlesien durch Frankreich und England seien für den europäischen Frieden unentbehrlich. Der Grundsatz der beiden Länder, sich freie Hand zu bewahren, soweit das unter den Friedensverträgen möglich sei, und alle paar Wochen Konferenzen eines Obersten Rates abzuhalten, führe in der Praxis zu Unzuträglichkeiten. Man brauche nur die Reden zu lesen, die während der letzten Debatte in der französischen Kammer gehalten wurden, um sich zu vergegenwärtigen, daß ein Fortschreiten auf dieser Grundlage den Tod der Entente bedeuten würde.

### Loucheur im Aufbaugesbiet.

Paris, 7. Juni. (W.T.B.) Der Minister für Wiederaufbau Loucheur hat gestern eine Reise durch das ehemalige Kampfgebiet gemacht und hierbei auch die Stadt Valenciennes besucht. Er hielt dort eine Rede an die Munizipalverwaltung, in der er u. a. sagte, er kenne die Gefühle der Bevölkerung der Norddepartements hinsichtlich der Beschäftigung der deutschen Arbeiter. Es sei eine Torheit anzunehmen, daß eine Stadt wie Valenciennes — 4000 bis 5000 Deutsche kommen lassen könne, um die Häuser wieder aufzubauen. Es würde dadurch ein Zusammenwohnen entstehen, das man nicht dulden könne. Loucheur ging alsdann auf die Frage der Materiallieferungen durch Deutschland ein und erklärte, daß die französischen Industriellen, zu stark mit den Lieferungen für die Wiederaufbauzone beschäftigt, sich schließlich gegenüber einem Deutschland, das nur auf dem Weltmarkt beschäftigt ist, im Rückstand befinden würden. Er verlange deshalb von den französischen Industriellen, daß sie sich ihren Kunden zuwenden und nicht zu große Vorteile aus den Lieferungen für den Wiederaufbau zu erzielen suchen. Eine Entscheidung über die Zukunft könne nicht getroffen werden, jedoch könne er nicht Verpflichtungen übernehmen, daß er nicht Lieferungen Deutschlands annehme, die für Frankreich eine Erleichterung darstellen könnten.

### Briand gegen den englisch-russischen Vertrag

London, 7. Juni. „Daily Telegraph“ erzählt, daß am 26. Mai das französische Ministerium des Auswärtigen dem britischen Botschafter in Paris eine von Briand unterzeichnete Note über die Handelsbeziehungen mit Rußland überreicht hat. Die Note enthält einen energischen Protest gegen die in Artikel 9 des britischen Handelsabkommens mit Rußland niedergelegten Grundzüge und gegen die durch die Entscheidung des britischen Appellationsgerichts geschlossene Lücke. Briand legt dar, daß Artikel 9 des Abkommens dahin ausgelegt werden könne, daß er den Bolschewisten gestatte, nach England nicht nur Geld, sondern auch Wertpapiere auszuführen, die nicht als Eigentum der britischen Regierung anerkannt werden könnten. Briand erklärt, dadurch würden die Franzosen ihres Eigentums, das von den Bolschewisten für beschlagnahmt erklärt wurde, verlustig gehen. Die französische Regierung begreife vollkommen die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland, diese könnte jedoch nur erfolgen, wenn die früheren Schulden anerkannt und die räuberische Gesetzgebung für nichtig erklärt werde. Daher halte es die französische Regierung in voller Uebereinstimmung mit der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs Hughes für notwendig, die britische Regierung zu benachrichtigen, daß Frankreich sich weigere, die in Artikel 9 ausgedrückten Ansichten anzunehmen und daß sie sich die Rechte der französischen Bürger in aller Form vorbehalten werde.

### Die bayerische Waffenablieferung im Gange.

München, 7. Juni. (W.T.B.) Wie von zuverlässiger Seite verlautet, ist die Entwaflnung in ganz Bayern im vollen Gange. Allein in München sind gestern etwa 600 Maschinengewehre zur Ablieferung gelangt. 20 große von der Reichstreuhandgesellschaft erhaltene Sammelwagen sind über das ganze Land verteilt, und ein großer Transportapparat ist in Bewegung gesetzt worden, um die Waffen von überall her so rasch wie möglich den nächsten Sammelplätzen zuzuführen, die unter scharfer polizeiliche Bewachung gestellt sind.

Die Auflösung der Einwohnerwehren wird erfolgen, sobald die Entwaflnung bei den einzelnen Organisationen beendet ist. Eine vorzeitige Auflösung würde die ordnungsmäßige Durchführung der Aktion in Frage stellen. Die bayerische Regierung ist überzeugt, auf die loyale Haltung der Einwohnerwehren entsprechend den von ihnen übernommenen Verpflichtungen zuverlässig rechnen zu können.

Hoffentlich läßt sich die bayerische Regierung nicht in diesem optimistischen Urteil!

Keine Revision im Teitrian-Prozess. Das Urteil in dem Prozesse gegen den Armenier Teitrian wegen Ermordung des Talat Pascha erlangt in drei Tagen Rechtskraft. Die Staatsanwaltschaft wird auf das Rechtsmittel der Revision verzichten.

## Proletariat und „höhere Schule“

Von Siegfried Kowerau.

In diesen Tagen tritt der Reichsschulsausschuß zusammen und folgenschwere Beschlüsse ruhen in seinem Schoße. Die Arbeiterklasse steht diesen Fragen meist gleichgültig gegenüber: was geht uns das an — denken viele —, ob man ein Abiturientenexamen macht oder nicht, ob man 8 oder 9 Jahre auf der höheren Schule sitzt, ob man in 3 oder in 4 Jahren die Grundschule zurücklegt? Was geht uns das an, uns, die wir durch die fiskalische Weisheit einer aus Gewissenhaftigkeit kulturlosen Finanzpolitik mit der dauernden Steigerung des Schulgeldes von diesen Verhaftungen doch ausgesperrt sind?

Die Philologen meinen, die Welt gehe unter, wenn man nach der Grundschule nur 8 Jahre lang im Bildungstempel schmorte, es müßten unbedingt 9 Jahre sein, sonst werde die Mischung nicht richtig. Schon spielen sie die „gekränkte Leberwurst“, wie der Sachse so schön sagt, und arbeiten an Deutschlands Gesundung, indem sie 13 Jahre Schulbesuch als Vorbedingung jeglicher Geistesbildung bezeichnen.

Gemüß, es ist zu verstehen, wenn man sagt: laßt doch diese Leute sich immer mehr vom Leben abkapseln, desto ruhiger geht das Leben an ihnen vorbei. Und dennoch! Man denke an unsere Gerichtsurteile! An unsere Staatsbehörden! Können wir es wirklich auf die Dauer ertragen, wenn Lebensfremdheit, wenn dem Kapitalismus unwillkürlich verfallene Korrektheit die Befehle des Proletariats befehlen? Ist es wirklich für das Proletariat gleichgültig, wie die „höhere Schule“ beschaffen ist?

Das Proletariat wird die sogenannte „höhere Schule“ der alten Zeit abtragen, wird unter Schaffung einer gestaffelten Schulpflicht seine Kinder in schuldfreie Schulen schicken, wo sie in Gemeinschaft mit allen Kindern des Volkes leben und lernen. Diese Schule kann nur die „weltliche“ Schule sein: d. h. weder eine alte Lernschule ohne Religionsstunden noch eine monistische oder atheistische Jakobiner-Schule, sondern die Schule, die aus tätigen Erleben Sittlichkeit in den allen Volksgenossen gemeinsamen Grundzügen herausarbeitet. Das Bild dieser Schule zeichnet uns schon in scharfen Zügen Paul Debreich in seiner Broschüre: Die elastische Einheitschule (Lebens- und Produktionschule). Zweifelloß entspricht dieses Schulideal in allen wesentlichen Punkten dem, was sich die Sozialdemokratische Partei und darüber hinaus weite Kreise des deutschen Volkes als Programm der Zukunft gefaltet haben oder gestalten werden. Ueber das Abiturientenexamen heißt es da:

Hinter aller Schulprüfungsverteidigung steckt der Glaube an die Notwendigkeit der Kasten und Klassen, steckt das Mißtrauen gegen andere und sich selbst, steckt der Wunsch, aus der Verantwortung einer wesentlichen Entscheidung sich zu retten hinter formalistisches Regelwerk.

Und man sehe sich ferner diesen Begriff gleichmäßiger Bildungshöhe in allen Fächern bei Nicht an, aus welchem Prinzip heraus durchaus 9 Jahre nötig seien, um „reif“ zu werden! Das heißt doch: Verachtung der Reifezeit auf begrenztem Gebiet — die doch allein wahrhaft volksgesundend ist — Hochachtung vor Kenntnissen auf allen Gebieten — die doch in Wahrheit Täufling sind, die doch notwendigerweise Oberflächlichkeit, Unwahrhaftigkeit, formale Sicherheit bei innerer, sachlicher Haltlosigkeit bedeuten. Ist also das Proletariat nicht aufs stärkste daran beteiligt, ob in Zukunft weiter Klassen- und Schulpflicht bestehen sollen zur Heranzüchtung seiner Feinde und Verderber, oder ob nicht diese Klassen- und Schulpflicht zu wahrhaften Schulen des Volkes werden können, wo jeder sich nach seiner Fähigkeit entwickelt, seine Reifezeit zu seiner Zeit findet und ohne Schema und Prüfungsschwindel soweit vorwärts dringt, wie seine geistigen oder werktätigen, seine künstlerischen oder technischen Kräfte und Veranlagungen reichen, ist nicht das Proletariat aufs stärkste daran beteiligt, daß die Grundschule alle Kinder mindestens 4 Jahre vereine, ja, wird es nicht in der Folge eines wirklich ausgereiften Schulplanes der Zukunft liegen, daß bei wirklicher innerer Beweglichkeit in Fächern und Zielsetzungen alle Kinder bis zum 16. Lebensjahr zusammen erzogen, wenn auch nicht immer zusammen unterrichtet werden müssen?

Im Kampf gegen das Abiturientenexamen, im Kampf gegen die neunjährige Philologenschule, im Kampf gegen äußerliche Zerstückelung der Volksgesundung nach Konfession oder Geldbeutel — in diesem Kampf ist das Proletariat, das sich seiner Aufgabe bewußt ist, das stärkste Bollwerk und die stärkste Phalanx. Das Proletariat entwickelt langsam die Ordnung der neuen Gesellschaft, und die Erziehung, die nach Paul Barth Fortpflanzung der Gesellschaft ist, muß sich unweigerlich umstellen auf diese neue Gesellschaft, auf ihr Werden und ihre Gesetze. In dem Schlußwort der „Soziologischen

\*) Verlag Schwachschäfer u. Sohn, 1921, Heft 4 der „Lebensschule“ (Preis 6 M.)

Pädagogik", die er soeben im Verlag Quelle u. Neper erscheinen läßt, sagt der Verfasser:

„Ob der Staat mitmacht oder nicht: die neue Gesellschaft ist bereits im Begriff, sich ihre Schulen zu schaffen, und es wird die Zeit kommen, sich ihre Schulen zu schaffen, und es wird die Zeit kommen, wo die neue Gesellschaft über drei- und viersträngige höhere Schulen, über Berechtigungen und Universitätsklausur lächelnd zur Tagesordnung übergehen wird, ja, wo sie unter Umständen den staatlichen Schulzwang zerbrechen wird, wo sie ihre Einheitschule ohne Berechtigungen, ihre Volkshochschulen ohne zünftige Größen, wo sie ihre Stillschließung, ihre Religion haben wird, während in den amtlichen Schulen die alte Mühle klappert, die Geheimräte weiter reformieren und die Universitäten nach wie vor den höchsten Wert auf gymnasiale Vorbildung legen. Wir aber, die wir als wahre Realpolitiker, stehend auf dem Tatsächlichen, Endlichen, strebend ins Kosmische, Unendliche, wurzelnd im Materieellen, blühend und reisend ins Ideelle, um den Sieg der neuen Gesellschaft wissen, wir bauen an der neuen Schule, wir arbeiten an der neuen Erziehung — denn alle Revolution ist umsonst, wenn wir nicht neue Menschen gewinnen.“

## Stimmen zur Regierungsfrage.

Die gestrige Regierungserklärung Stegerwalds findet in der „Deutschen Tageszeitung“ den vielsagenden Kommentar, ob die Sozialdemokratie sich wohl klar sei, was die Stegerwaldsche Rücktrittsbedingung einer vorherigen Einigung der Parteien für sie bedeute. Die Ausführungen im heutigen Morgenblatt dürften die „Deutsche Tageszeitung“ darüber belehren haben, daß wir uns über den Charakter dieser Erklärung vollkommen klar sind.

Sehr zufrieden mit Herrn Stegerwald ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Das Stimmorgan stimmt einen förmlichen Lobgesang auf Stegerwald an:

„Daß Herr Stegerwald das Vertrauen der bürgerlichen Parteien genießt, ist unbestreitbar. (Sehr wahr! Red. d. B.) Und es ist wahrscheinlich, daß auch die Sozialdemokratie für die Verbreiterung der Regierungskoalition in ihm in erster Linie den Mann sehen wird, der für diese Aufgabe in Frage kommen kann.“

Die Taktik der „D. A. Z.“ ist immer die gleiche: Sie will der Welt partout einreden, die Sozialdemokratie sei für die Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu haben, jetzt möchte sie die Partei auch noch als das schüchternste Mädchen hinstellen, das Herrn Stegerwald heimlich liebt, aber es noch nicht laut zu sagen wagt. Die „D. A. Z.“ wird inzwischen auch hier gelesen haben, daß wir Herrn Stegerwald ganz anders ansehen, als die „D. A. Z.“ uns unterschätzt.

Einen sehr merkwürdigen Artikel bringt die „Germania“ mit der Ueberschrift „Run aber Schluß“. In diesem Artikel werden die Demokraten fürchterlich ausgescholten, wie man etwa einen untüchtigen Heiratsvermittler ausschilt, der unauffällig zarte Bande anknüpfen sollte, aber statt dessen mit der Tür ins Haus gefallen ist. Die Demokraten, schilt das Zentrumsblatt, hätten ihren Auftrag, zarte Beziehungen zur Deutschen Volkspartei anzuknüpfen, so ungeschickt wie möglich ausgeführt, Petersen habe in seiner „Tollpatschigkeit“ einigszuviel Porzellan zertrümmert und Schiffer habe die Ungeschicklichkeiten noch vergrößert, als er unter Druck die Volkspartei in die Regierungskoalition hineinziehen wollte. Die „Germania“ seht den armen Demokraten auseinander, daß gut Ding Weile haben müsse. Die Demokraten hätten bei allem Eifer die alte politische Regel nicht vergessen dürfen, „daß man schrittweise zu erringen sich begnügen muß, was man auf einmal nicht haben kann“. Volksparteiler und Sozialdemokraten seien im Augenblick für eine gemeinschaftliche Koalition innerlich „noch nicht reif“.

Dabei liegt der Ton auf den Worten „im Augenblick“. Das Zentrum will die „Koalition auf breiter Grundlage“ eben schrittweise herbeiführen. Und die „Germania“ unterstreicht unsere Auffassung, daß die Fortexistenz des Kabinetts Stegerwald das Pressionsmittel sein soll, um die So-

zialdemokratie mürbe zu machen, denn der Artikel schließt mit dem kategorischen Imperativ: „Run aber Schluß mit der Beunruhigung unseres politischen Lebens durch Regierungskrisen!“ Wir können dazu der „Germania“ nur versichern, daß die Luft nicht krisenrein wird, solange das Ministerium Stegerwald in Preußen fortexistiert.

## Spartakus und Januarputsch.

Auf die Darstellung, die Lauffenberg und Wolfheim im „Vorwärts“ (Nr. 260) über den Januarputsch 1919 gegeben haben, ergreift jetzt in der „Roten Fahne“ W. P. (Wilhelm Pies) das Wort zu einer Gegendarstellung. Pies bestreitet zunächst, daß Karl Liebknecht am 9. November 1918 grundsätzlich bereit gewesen sei, in die provisorische Regierung einzutreten. Es habe sich nur um ein Provisorium von drei Tagen gehandelt. Das ist die Geschichte von der Jungfrau, die zwar ein Kind gehabt hatte, aber doch nur ein ganz kleines! Ueber den Januarputsch von 1919 führt Pies folgendes aus:

Es ist ferner nicht wahr, daß Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches gegen die Abwehr der Amtsenthebung Eichhorns gewesen seien. Auch Rosa und Leo waren dafür, daß jede Gelegenheit benutzt werden müsse, um die Empörung der Arbeiterschaft zur revolutionären Entladung zu bringen. So hat Rosa in der „Roten Fahne“ die flammendsten Aufrufe für die Steigerung der Januaraktion geschrieben und erst dann, als durch die Verhandlungen der USP-Führer mit der Regierung der damit beabsichtigte Verrat der Bewegung immer deutlicher zutage trat, verlangten Leo und Rosa kategorisch den Rücktritt Liebknechts von der Aktion. Hiergegen wehrte sich Liebknecht, weil er sich als Mensch, wie als Politiker so verantwortlich für die Aktion fühlte, daß er glaube, sich nicht zurückziehen zu können. Ueber diese Frage wurde in der eingangs erwähnten Sitzung in der Puttkamerstraße gestritten. Da auch die revolutionären Obsteute sich immer mehr in das Fahrwasser der USP-Führer drängen ließen, so wurde es Liebknecht erleichtert, dem Verlangen von Rosa und Leo nachzugeben.

Nimmt man diese Darstellung als richtig an, so stürzt gerade der Hauptvorwurf, der gegen die Sozialdemokratie von linksradikaler Seite wegen ihres Verhaltens in dieser Zeit gemacht wird, in nichts zusammen. Dieser Vorwurf geht bekanntlich dahin, die Sozialdemokratie habe die Verhandlungen mit den Unabhängigen scheitern lassen. (Sie scheiterten bekanntlich an der Weigerung der Unabhängigen, die besetzten Gebäude freizugeben.) Nun stellt sich heraus, daß die Kommunisten bereits in der Tatsache der Verhandlungen einen Verrat der Bewegung erblickten und allein die Steigerung der Bewegung im Auge hatten. Man kann also heute noch viel sicherer als damals sagen, daß praktisch die Verhandlungen auf alle Fälle resultatlos geblieben wären, denn die Unabhängigen hätten es gar nicht in der Hand, die Bewegung abzubringen. Bei einem Vergleich mit den Unabhängigen wäre diese einfach von den Kommunisten weitergeführt worden. Diese Situation war schon im Januar jedem Kundigen klar, sie wird jetzt offiziell von kommunistischer Seite bestätigt. Und damit ist klipp und klar erwiesen, daß die blutigen Ereignisse allein auf das Schuldkonto der SPD. fallen.

## Rosenfeld in Opposition.

Im Dresdner Organ der Unabhängigen hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Kurt Rosenfeld vor kurzem einen Artikel veröffentlicht, der sich gegen die Taktik der Unabhängigen Reichstagsfraktion richtet. In dem Artikel heißt es:

In dieser Situation kann auch nicht in Frage kommen, etwa durch Stimmenthaltung der jetzigen Regierung das Leben zu retten. Wer nicht gegen die Regierung ist, ist für die Regierung... Wir müssen die gegenwärtige Regierung stürzen, um freie Bahn zu bekommen für den Kampf

um den Sozialismus. Deshalb Ablehnung des Vertrauensvotums für die Regierung! Schärfer, unerbittlicher Kampf gegen die Regierung!

Die „Rote Fahne“, die diese Ausführungen voller Freude abdruckt, stellt im Anschluß hieran die Frage:

Die unabhängigen Arbeiter haben das Wort. Wer ist ihr Führer? Hilferding oder Rosenfeld?

Die „Rote Fahne“ triumphiert also darüber, daß Rosenfeld sich radikaler gebärdet als die Kommunisten in Sachsen, Braunschweig, Thüringen, Mecklenburg usw., die dort alle die Hilferdingische Taktik befolgen, eine links gerichtete Regierung nicht zu stürzen, um das Kommen einer Rechtsregierung zu vermeiden. Rosenfeld hat in Halle den Kommunisten zugehört, er hätte auf ihrer Seite gestanden, solange die Vernunft bei ihnen war; jetzt trenne er sich, weil sich die Kommunisten von der Vernunft trennten. Es zeigt sich aber, daß eine Dauerreihe zwischen Rosenfeld und der Vernunft leider nicht möglich ist.

## Paul Müller und Palmerston.

Zu dem Hamburger Privattelegramm, das wir in der Morgenausgabe vom 4. Juni unter der Ueberschrift „Eine Disziplinlosigkeit“ abdruckt, erhalten wir eine Zuschrift des 1. Vorsitzenden des Aktionsausschusses seemannischer Berufsverbände Paul Müller. Die Zuschrift beginnt mit der Erklärung:

Der Vorsitzende des Aktionsausschusses seemannischer Berufsverbände, Kolb. Paul Müller, hat in der Hamburger Flaggengrundung... weder als Sozialdemokrat noch als Politiker überhaupt gesprochen...

Weiter wird erklärt, die Rede sei frei von allen nationalistischen Redensarten gewesen und habe den einmütigen Beifall der anwesenden organisierten Seemannschaft gefunden. Die Wiedereinführung der rein schwarz-weiß-roten Handelsflagge werde auch von den Senaten von Hamburg und Lübeck gefordert, die zur Hälfte aus Sozialdemokraten zusammengesetzt seien. Weiter heißt es in der Erklärung:

Der englische Staatsmann Palmerston war es, der am 2. Juli 1849 die schwarz-rot-goldene Flagge mit einer Seeräuberflagge verglich. Paul Müller sprach nur die Vermutung aus, daß sich heute dieser Vorgang wiederholen könne.

Paul Müller hat allerdings vergessen, daß die schwarz-rot-goldene Flagge im Jahre 1849 die Flagge eines völkerrechtlich nicht anerkannten Reiches war, während die Deutsche Republik von heute völkerrechtlich anerkannt ist. Die verfassungsmäßigen Hoheitszeichen einer völkerrechtlich anerkannten Macht sind in keinem Fall in Gefahr, mit einer Seeräuberflagge verglichen zu werden.

Im übrigen wird es keinen wundern, daß der 1. Vorsitzende des Aktionsausschusses seemannischer Verbände derselben Flagge, die er „für immer“ über Antwerpen setzen wollte, nun wenigstens in der deutschen Handelsflagge ewiges Leben wünscht. Es sei ihm zugestanden, daß er auch damals schon „nicht als Sozialdemokrat“ und schon gar nicht „als Politiker“ gesprochen hat.

Der 1. Vorsitzende des Aktionsausschusses seemannischer Berufsverbände wird es uns aber nun auch nicht verübeln dürfen, wenn wir als Sozialdemokraten und Politiker über seine Aussprüche manchmal die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

## Ein Urteil über Ponsif.

Im heutigen Morgenblatt hatten wir uns mit dem standstilligen Urteil der Disziplinarkammer in Potsdam beschäftigt, die die unehrerlichen Angriffe des Ministerialrats Dr. Ponsif gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Genossen Braun mit einer Verwarnung bestrafte, wobei offenbar die hohe Meinung des Gerichtshofs vor den Qualitäten des Herrn Dr. Ponsif entscheidend war. Nach uns zugegangenen Mitteilungen aus durchaus zuverlässiger Quelle sind wir in der Lage, der Öffentlichkeit ein Bild von der Persönlichkeit des Herrn Dr. Ponsif zu unterbreiten, das

## Wandern und Bergsport.

Von Geh. Sanitätsrat Professor Dr. F. A. Schmidt.)

Welch erfrischende Wirkung das Wandern in Flur und Wald, durch Täler und über Bergeshöhen für Körper und Geist besitzt, welche reichen Schätze für das Gemütsleben die Freude an der schönen Natur draußen in sich birgt, bedarf keiner weiteren Ausführung. Nur einige gesundheitlichen Hinweise über den rechten Betrieb des Wanderns seien hier gegeben.

Im Gegensatz zum bloßen Spaziergange, der zweifellos eine gesundheitliche nützliche Erholung von der Alltagsarbeit darstellt, handelt es sich bei einer eigentlichen Wanderung, mag sie nur eine halbtägige oder eine Tageswanderung sein, immer um eine mehr oder weniger eingreifende Leistung, eine rechte Dauerleistung. Soll sie ihre wohltätige Einwirkung auf den Körper nicht einbüßen, so darf sie nicht durch Ueberdauer der Marschfähigkeit der Teilnehmer überkreuzt und zu den Folgen starker Allgemeinerkrankung führen. Es ist selbstverständlich dabei ein großer Unterschied, ob einer marschfähig ist und häufiger wandert, oder ob einer, längere Zeit jeder körperlichen Übung entfremdet, sich plötzlich eine starke Leistung auferlegt. Die beste Tageszeit für eine längere Wanderung, namentlich wenn sie sich über mehrere Tage erstreckt, ist der frühe Morgen, wo man am frischesten zur Wanderung ist. Unmittelbar nach der Mittagsmahlzeit soll man sich keine Marschleistungen zumuten.

Der Marsch ist hier und da durch Marschpausen zu unterbrechen, namentlich in der ersten Stunde nach dem Aufbruch, wenn Schmerzen am Schienbein eine Entspannung der Muskeln nötig machen. Diese Marschpausen soll man aber — namentlich gilt das für Bergsteigen — im Stehen zubringen, um so wieder frische Kraft und ruhigen Atemzug, der bei steterem Anstieg immer sehr schnell anwächst, wiederzugewinnen. Niederlegen während des Marsches und des Steigens macht nach dem Wiederaufrichten nur geneigter zur Ermüdung — eine alterprobt Wandererfahrung!

Bei längerem Marsch beginne man niemals von vornherein in lebhaftem Schrittmarsch, sondern beginne gemächlich und laufe sich erst allmählich in schnelleren Gangart ein. Anbauend langames, schleppendes Zeitmaß beim Wandern ermüdet weit mehr und macht weit eher Ruhebedürfnis als frisches, wenn auch nicht überholtes Ausstreiten. Bei längerem Bergsteigen gilt allerdings die Regel, langsam, aber stetig zu gehen, jede Kraft zu meiden oder höchstens nur kurz einmal stehen zu bleiben um sich zu verschauen.

Bezüglich der Bekleidung ist bei einem längeren Marsch in erster Linie gut sitzendes, bequemes, schon etwas ausgetretenes Schuhwerk nötig. Nur nicht in neuen Stiefeln marschieren! Im übrigen sei die Kleidung bequem, nirgendwo beengend und der Witterung angemessen.

Was die Ernährung mit Speise und Trank betrifft, so sei vorab bemerkt, daß gutes Trinkwasser, in mäßiger Menge genossen, beim

Marsche nie schädlich ist. Ist das Trinkwasser sehr kalt, so warte man mit dem Trinken wenigstens so lange, bis nach einem halben bis 10 Minuten Atmung und Herzschlag sich genügend beruhigt haben. Nicht gutem Quellwasser ist kalter Kaffee oder Tee oder eine Lösung von Zitronensäure oder Zucker am meisten zu empfehlen und zum Mitführen in der Feldflasche geeignet. Von alkoholischen Getränken ist allenfalls während des Marsches ein lediger Landwein mit Wasser verdünnt — für einen 3—4 stündigen Marsch im ganzen gegen 300 Gramm — unschädlich. Wer ohne das auskommt, fährt pekuniär und gesundheitlich besser. Jedenfalls wirkt Alkoholgenuss nach anfänglicher kurzer Anregung lähmend und beeinträchtigt die Muskelkraft. Namentlich sei vor Biergenuss beim Wandern gewarnt. Ganz und gar zu verwerfen ist Schnaps in jeder Form. — Die Nahrung bei längerem Marschen sei gehalten, aber von mäßiger Menge. Namentlich taugt ein reichliches Mittagmahl nicht für stramme Fußwanderung.

Bei mehrtägigen Wanderungen ist die Fußpflege besonders wichtig: abends Abreiben der Füße mit kaltem Wasser; bei Fußschweiß Einpudern mit Salzsäure oder Salicylalkoholpulver usw. ist notwendig. Das lästige Umwerden (sogenannter Wolf) zwischen den Oberschenkeln und am Damm ist am besten zu beseitigen durch Abwaschen mit überfetteter Seife, dann Abreiben mit Spiritus zum Trocknen und Ueberstreichen mit einer Salbe aus Talg, der etwas Verubalol oder Benzoeharz beigemischt sein kann.

Tiefer eingereicht sind die Wanderungen im Hochgebirge. Hier kommt zu der erhöhten Atem- und Herzstätigkeit noch hinzu der Einfluß der verdünnten Höhenluft, die Einwirkung des Sonnenbrandes und die starke Belebung und Erregung des Nervensystems, welche teils herbeigerufen wird durch die mächtigen Natureindrücke in der erhabenen Einsamkeit und Majestät des Hochgebirges, teils auch durch die Regungs- und Kampfsfreudigkeit, welche erforderlich ist, um die Schwierigkeiten, Mühsale und nicht selten auch Gefahren einer Hochtour zu überwinden.

Zur Not der geistigen Arbeiter in organisatorischer Hinsicht gibt der geschäftsführende Direktor des „Schuerverbandes Deutscher Schriftsteller“, der bekannte Dramatiker und Erzähler Hans Kasper, in einer Sondernummer des „Schriftstellers“ einen aufschmerzendsten Beitrag. Der „Schuerverband Deutscher Schriftsteller“ ist der erste deutsche Verband freier Schriftsteller gewesen, der seine Aufgabe allein auf die wirtschaftliche und rechtliche Vertretung seiner Mitglieder, im Gegensatz zu den zahlreichen mehr oder weniger geselligen Vereinen, beschränkt. In den elf Jahren seines Bestehens hat er durch kostenlosen Rechtschutz, durch Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und namentlich in den letzten Jahren durch Unterstützungen, die in die Hunderttausende gingen, die Berechtigung und Notwendigkeit seines Bestehens voll erwiesen. Die Tendenz seiner Arbeit kommt in der neuerdings aufgenommenen Bezeichnung „Gewerkschaft Deutscher Schriftsteller“ zum Ausdruck. Es verdient daher allgemeine Aufmerksamkeit, wenn namentlich diese Bestrebungen durch eine privatkapitalistische Konkurrenz unter der Maske einer gleichgerichteten Berufsvertretung in gemeinschaftlicher Weise bedroht werden. Der schillige Urheber dieses „Berrais am

deutschen Schrifttum“ ist ein Rechtsanwalt Wenzel Goldbaum, ein auch-Schriftsteller, der sich als Syndikus des „Verbandes Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten“ sowie des „Verbandes Deutscher Film Autoren“ bereits gute Brände zu sichern gewußt hat. Goldbaum ist an der Gründung eines neuen „Verbandes Deutscher Erzähler“ beteiligt, dessen angebliche Bestrebungen sich bereits im Rahmen des „Schuerverbandes Deutscher Schriftsteller“ verwickelt finden, wenn es sich eben um die Berufsinteressen der Schriftsteller handelte und nicht um die Dividenden einer mit 200 000 M. begründeten Geschäftsstelle des Erzählerverbandes. In diesem Verbands herrscht ein kleiner Kreis von Begründern der Geschäftsstelle unter Führung Goldbaums autonom, erzwingt ohne Befragen der Mitglieder ein Kartell mit den Filmautoren und Bühnenschriftstellern und plant weiter ein Zwangsartikell mit einer Verlegergruppe, dessen vorliegender Entwurf die bisher mühsam erzwungenen Rechte der Schriftsteller in wesentlichen Punkten zugunsten der Verleger veränderte.

Das Ziel dieser „Goldbaumisierung der Literatur“, wie es Kasper nennt, ist durch das Zwangsartikell mit den bestreiftlichen Verlegern, alle Autoren dem Erzählerverbande zuzutreiben, dessen Mitgliedschaft nicht durch die besondere literarische Tätigkeit, sondern vorwiegend durch den Anschluß an die Goldbaumische Geschäftsstelle bedingt ist, den Schuerverband übersflüssig zu machen und, anstatt genossenschaftlich zu arbeiten, die Geldmänner der Geschäftsstelle aus den Zwischenhandelsgewinnen zu füttern.

Die Angelegenheit ist nicht nur eine berufliche der Schriftsteller, sondern eine allgemein kulturelle, insofern, als sie eine fundamentale Bedrohung des wirtschaftlich schwer ringenden deutschen Schrifttums darstellt, und Kasper verlangt daher mit Recht, daß die betreffenden Verbände den Hauptkämpfer dieser sauberen Pläne unverzüglich seiner Vertrauensstellungen entziehen.

Die Luxussteuer im Reichswirtschaftsrat. Der steuerpolitische Ausschuss und der Ausschuss zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit haben im Reichswirtschaftsrat einen gemeinsamen Unterausschuss zur Bearbeitung der Frage der Luxussteuer eingesetzt. Den Vorsitz übernahm der Minister Otto Marcus, der Generalsekretär des Reichswirtschaftsrates bildender Künstler Deutschlands. Das Ziel ist hier, aus dem Luxussteuergesetz, solange es als Ganzes aus politischen Gründen nicht beseitigt werden kann, die Bestimmungen herauszubringen oder abzuändern, welche die Qualitätsarbeit beeinträchtigen und damit Deutschlands wirtschaftliche Kraft schwächen. Der künstlerischen Betätigung im Kunstgewerbe muß volle Freiheit gewahrt bleiben.

Volkshäute. Bei der Eröffnung von Karl Hauptmanns „Die lange Aule“ am Sonnabend sind die höchsten Kosten wie folgt verteilt: Vincenz Halzemann — Edgar Riß, Beate Halzemann — Martha Weisler, die lange Aule — Johanna Koch, Bauer, der alte Ebel — Julius Sack, Gerhard Eitel — Konstantin Koolz, Theobald Eitel — Harry Arber, Walter Janzahn — Paul Gumbler, Schiller-Verlag — Ernst Jachmann, Jener sind beteiligt: Fr. Wilh. Schönborn und die Herren William Such und Hans Schulze. Regie: Edgar Riß, Bühnenbilder und Kostüme: Hans Strohmach.

\* Diese Ratsschlüsse erteilt der bekannte Verfasser in seinem in der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ bei B. G. Teubner, Leipzig, erschienenen Bändchen „Wie erhalte ich Körper und Geist gesund?“. (Kart. 2,80 M., dazu 120 Prozent Steuerzuschlag.)

# Warmbolds Etatrede.

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen wurde in der heutigen Sitzung des Preussischen Landtags die Beratung des Haushalts fortgesetzt. Nach kurzen Ausführungen des Abg. Bredt (D. Wirtschaftsp.) ergreift das Wort

Abg. Heilmann (Soz.):

Der Abg. v. d. Osten hat gestern zur Einigkeit und zum Zusammenhalten gemahnt. Aber bereits im nächsten Satz seiner Rede hat er seiner Mahnung selbst ins Gesicht geschlagen und uns schwerer beleidigt als ein anderer Redner des Hauses. Er erwartete wegen der Unterzeichnung des Ultimatums, daß die deutschen Arbeiter zu Sklaven des Entente-Kapitals gemacht und die deutsche Produktion totgeschlagen würde. Als ob sich nicht der Feind, wenn er ins Land gekommen wäre, rücksichtslos der ganzen deutschen Produktion bemächtigt hätte. Ein Narr ist, wer das nicht erkennt, ein Schurke, wer es wider besseres Wissen dem deutschen Volke verschweigt. Wir können noch jetzt unter den Folgen Ihrer Verleumdung (nach rechts). Das Zitat, das Herr v. d. Osten dem „Vorwärts“ entnommen hat, war gefälscht. (Lebhaftes Hört, hört links.) Es heißt da lediglich:

„Wir wollen keinen Revanchekrieg, wir wollen, daß Deutschland auf den T-uum verzichtet, seine Verluste in einem Siegreiche Krieg wieder einzubringen.“

Herr v. d. Osten hat den Sinn in das Gegenteil verfaßt. (Zuruf links: Deutschnationale Prozis!) Wenn Herr v. Richter in seiner gewöhnlichen Annahme hier erklärte, daß Braun wie ein sozialdemokratischer Parteiführer gesprochen hat, so weiß ich nicht, welche geistigen Anforderungen die Deutsche Volkspartei an ihre Redner stellt. Bei uns hätte es Herr v. Richter jedenfalls nicht bis zum Parteiführer gebracht. Die Launen des Ultimatums können wir aus dem Jahresbericht unserer Arbeit vorläufig nicht bezahen und müssen daher entweder die breiten Massen bis zu ihrer gänzlichen Vereinerndung besteuern oder wir müssen den Bock heranziehen.

Nach weiteren Ausführungen des Genossen Heilmann und des Zentrumsabgeordneten Krost ergreift das Wort

Landwirtschaftsminister Warmbold:

Bei der Wichtigkeit der dem landwirtschaftlichen Ressort obliegenden Aufgaben möchte ich mir gestatten, Ihnen schon an dieser Stelle der Beratungen des diesjährigen Haushaltsgesetzes einen kurzen Ueberblick über das zu geben, was in nächster Zeit auf landwirtschaftlichem Gebiete zu geschehen haben wird.

Ich beschränke mich hierbei auf die wesentlichsten Ziele und Aufgaben. Sie lassen sich unter zwei Gesichtspunkten zusammenfassen: 1. Vermehrung der anfähigen Landbevölkerung durch dichtere Besiedelung des vorhandenen, Gewinnung und Besiedelung neuen Kulturlandes.

2. Schnelle Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf der schon vorhandenen und der neu zu schaffenden Nährstoffe mit dem Ziel, unsere Bevölkerung möglichst bald aus eigener Erzeugung ausreichend zu ernähren.

Eine Gesundung der unhaltbaren bevölkerungspolitischen Verhältnisse kann nur durch eine möglichst schnelle Durchführung der landlichen Siedlung herbeigeführt werden. Das wirksamste Mittel ist die

Vermehrung der bäuerlichen Landeigentümer

und die Ergänzung bereits bestehender unzureichender Ackerbauern zu lebensfähigen Betrieben.

Vor dem Kriege sind in Preußen etwa 1200 bis 1400 neue Stellen jährlich geschaffen worden. Es darf damit gerechnet werden, daß schon im laufenden Jahr etwa 4000 neue Stellen gegründet werden. Die jährliche Anlegung von jährlich 4000 neuen Siedlerstellen führt eine wesentliche Belebung des Baumarktes herbei. Sie mildert die Arbeitslosigkeit und gibt durch die notwendige Vermehrung des Wirtschaftsinventars und sonstigen Zubehörs auch dem Handwerk und der Industrie neue Beschäftigung.

Soll die Anlegung von jährlich 4000 neuen Stellen durchgeführt werden, so ist eine namhafte Erhöhung der staatlichen Einlagen bei den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften sowie eine beträchtliche Vermehrung der staatlichen Mittel für die Gewährung von Zwischenkrediten ein unbedingt erforderliches. Eine Gesetzesvorlage, die diesen Bedürfnissen Rechnung trägt, wird binnen kurzem vorgelegt werden. Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient die Errichtung neuer und die Verbesserung bestehender

Arbeiterwohnungen auf dem Lande.

Die bereitgestellten Reichsmittel werden in Verbindung mit den steuerlichen Erleichterungen einen ersten und wirksamen Anstoß bilden, um diesem Gebiete der landlichen Wohnungsfürsorge dauernd größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die in die Wege geleitete Verbindung der produktiven Erwerbsvorsorge mit der Kultur von Moor- und Debländerereien sowie der Landgewinnungsarbeiten an der Küste wird fortzuführen sein. Es schweben Verhandlungen über die Bereitstellung eines besonderen Kredits zur Förderung von Bodenverbesserungen.

In den letzten Friedensjahren hat die Einfuhr von Lebens- und Genussmitteln sowie von Hilfsmitteln der landwirtschaftlichen Erzeugung die Ausfuhr um fast 3 Milliarden Goldmark übertraffen. Die weitestgehende Steigerung der landlichen Erzeugung kann auch in Zukunft nicht dazu führen, die Einfuhr gewisser Hilfsmittel, die eine fortgeschrittene Landwirtschaft nicht entbehren kann,

gegen Luxus und Wöllerei. Ueberraschen konnte den Großstadtbewohner seine Versicherung, daß in der Kriegszeit „wir in der Provinz gefastet haben“. Wir in Berlin haben uns damals oft erzählen lassen, daß im Punkte der Ernährung die in der Provinz mit uns wahrhaftig nicht tauschen würden. An der Diskussion beteiligten sich auch eifrige Kommunisten, die ja aus jeder Blüte ihrer Honig zu saugen versuchen. Besser soll's in der Welt erst werden, wenn sie ihr den Gang vorkreiden dürfen. Die von den Veranlassern der Verammlung vorgelegte Entschließung vermeidet es, den Alkoholen überhaupt zu bekämpfen. Sie behauptet, daß Parlamente, Regierungen, und Verwaltungsbehörden immer noch ohne genügenden Widerstand dem der Allgemeinheit schädlichen Luxusleben zusehen, klagt besonders über wachsende Ausbreitung raffiniert luxuriöser Bilderstuden, fordert möglichst schnellen Abbau der bestehenden und Verweigerung weiterer Konzessionen und wendet sich schließlich auch gegen die Bestrebungen auf Verlängerung der Polizeistunde. Diese Entschließung wurde widerspruchlos angenommen.

Bildung eines Volkshochschul-Bezirksausschusses. Eine für die Entwicklung der Volkshochschule sehr wichtige Maßnahme, nämlich die Bildung eines Volkshochschul-Bezirksausschusses für den Verwaltungsbezirk 17 (Nichtenberg), wird auf Antrag des Bezirksamtes in der nächsten Bezirksverordnetenversammlung beraten werden. Dieser Ausschuss ist die einzige Instanz, durch die der Bezirk bzw. die Interessenten der Volkshochschule Einfluß auf die Gestaltung des Lehrplanes gewinnen können. Auch werden von diesem Ausschuss, der nach dem Vorschlag des Bezirksamtes aus 2 Bezirksamtsmitgliedern, 4 Bezirksverordneten, 6 Hörervertretern und höchstens 2 Vertretern bestehen soll, die Vertreter zum Hauptauschuss der Volkshochschule abgeordnet.

Ein Berliner Heiratsschwänker im Hartz verhaftet. Heiratsschwänkel im großen Betrieb ein Gauner, der jetzt auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei in Blankenburg am Hartz inhaftiert gemacht wurde. Er machte sich an Berliner heiratssüchtige

überflüssig zu machen, weil diese Stoffe im Inlande in ausreichender Menge nicht zur Verfügung stehen.

Das Ziel, unsere Bevölkerung aus eigener Erzeugung ausreichend zu ernähren, muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit noch größerem Nachdruck verfolgt werden. Schnelle Vermehrung der inländischen landwirtschaftlichen Erzeugung ist eines der wirksamsten Mittel zur nachhaltigen Verbesserung unserer Zahlungsbilanz, zur Festigung unserer Währung und zur Erleichterung der Einfuhr industrieller Rohstoffe. Eine Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf Friedenshöhe und eine Steigerung darüber hinaus bedarf bei der Eigenart der landwirtschaftlichen Produktion eines verhältnismäßig langen Zeitraums. Eines der vornehmsten Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist die Schaffung erhöhter Sicherheit auf dem Lande. Nicht minder wichtig ist die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsriedens und die Förderung des Arbeitsgemeinschaftsgedankens sowie der Ausbau des Schlichtungswesens. Die im Kriege unvermeidliche Zwangswirtschaft mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen erweist sich als ein um so schmerzlicheres Hemmnis für das Wiedererstarken der landlichen Erzeugung, je länger sie über die Beendigung des Krieges hinaus fortbesteht.

Neben der Erweiterung des Realcredits bedarf — namentlich auch für die mittleren und kleineren landwirtschaftlichen Betriebe — der vorwiegend auf genossenschaftlichem Wege bereit zu stellende Personalcredit einer ganz besonderen Pflege und eines schnellen Ausbaues. Im Vordergrund steht hierbei die

Förderung des landlichen Genossenschaftswesens,

insbesondere der Kreditgenossenschaften.

Mit der Annäherung der Inlandspreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse an die Weltmarktpreise werden die durch den unbeständigen Wert unseres Geldes vergrößerten Preisschwankungen des Weltmarktes sich auf den inländischen Märkten geltend machen. Die hieraus entspringenden produktionshemmenden Einflüsse bedürfen einer besonders sorgfältigen Beobachtung.

Die in erfreulichem Maße begriffene Erzeugung von gebundenem Stickstoff muß in vollem Umfange zur Hebung unserer Ernten verwendet werden.

Eine dauernde beträchtliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung kann nicht erreicht werden ohne eine weitere Ausbreitung und Verbesserung der

fachlichen Schulung der Landwirte.

Produktionssteigerung ist auf längere Zeit letzten Endes eine Frage der Berallgemeinerung einer zeit- und sachgemäßen landwirtschaftlichen Berufsausbildung. Soll dieses Ziel erreicht werden, so muß ein weitverzweigtes Netz sich gegenseitig ergänzender Einrichtungen für die praktische und theoretische Ausbildung der heranwachsenden Landwirte geschaffen und sorgsam gepflegt werden. Schon die Volkshochschule muß nach Möglichkeit diesem Gedanken dienlich gemacht werden. Die landliche Fortbildungsschule wird für die große Masse des landlichen Nachwuchses die einzige Möglichkeit zur Aneignung eines bescheidenen theoretischen Fachwissens bilden.

Für die zukünftigen, vornehmlich als Beamte wirkenden Leiter großer landwirtschaftlicher Betriebe müssen besondere Einrichtungen getroffen werden. Die sogenannten Seminare für Landwirte bedürfen daher der Vermehrung.

Von gleicher Bedeutung wie die Ausgestaltung des Unterrichtswesens ist der umfassende Ausbau des landwirtschaftlichen Beratungswesens, dem die Aufgabe zufällt, den bereits ausübenden Landwirten mit einer sachgemäßen Betriebsführung vertraut zu machen und sie zur Anwendung aller neuzeitlichen Hilfsmittel auf dem Gebiete der Bodenbearbeitung, der Düngung, der Sortenwahl, des Maschinenwesens usw. zu veranlassen. Ein möglichst dichtes Netz bäuerlicher Beipflegerwirtschaften wird hierbei ganz besonders wertvolle Dienste zu leisten vermögen. Auch an den

Ausbau der populären Fachpresse

wird zu denken sein.

Einer besonderen Pflege bedarf das landwirtschaftliche Versuchswesen. Es muß versucht werden, in den einzelnen Wirtschaftsgebieten wissenschaftliche Mittelpunkte zu schaffen, die in Spezialinstituten, deren Einrichtung und Arbeitsrichtung den jeweils vorliegenden besonderen Verhältnissen anzupassen wäre, der Aufgabe obliegen, wie die Landwirtschaft unter den gegebenen Bedingungen am besten gefördert werden kann und wie insbesondere die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung auf einfache unmittelbar anwendbare Formeln und Rezepte gebracht werden können.

Alle diese Maßnahmen werden jedoch, soweit es sich um staatliche Unternehmungen handelt, nur in dem Rahmen durchgeführt werden können, den die ungünstige Finanzlage des Staates zuläßt. Dabei darf allerdings nicht aus dem Auge verloren werden, daß gerade Aufwendungen für die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung sich früher oder später durch die Ersparnis der Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln hoch bezahlt werden.

Es darf wohl der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß angesichts der außerordentlichen Tragweite der auf dem Spiel stehenden Interessen und im Hinblick auf die der Landwirtschaft obliegenden Pflichten gegenüber dem Staatsganzen sich niemand dieser Aufgabe entziehen wird.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

ein etwas anderes Aussehen als das von der Justizbehörde entworfene hat.

In den Kriegsjahren 1916 bis 1918 war Herr Dr. Ponski Leiter der Handelsabteilung der Stadt Wilna. Wenige Wochen vor Ausbruch der deutschen Novemberrevolution stellte sich heraus, daß bei der Handelsabteilung der Stadt Wilna mit beträchtlicher Unterbilanz gearbeitet wurde, die 7336 377,18 M. betrug. Als nun am 5. November seine Entlassung durch den Stadthauptmann in Wilna mit Genehmigung des Soldatenrats erfolgte, wurde der letzte Satz aus dem Zeugnis, das ihm der Stadthauptmann mitgab, und der lautete: „Er hat seinen schwierigen Posten mit großem Fleiß, praktischem Blick und gutem Erfolg ausgeführt.“ vom Soldatenrat gestrichen und durch folgende Bemerkung ersetzt:

„Wenn auch ein gegen ihn eingeleitetes Verfahren noch unter der alten Regierung eingeleitet worden ist, so sind dadurch doch nicht die Zweifel beseitigt, die in einem sehr großen Kreise gegen die Lauterkeit seiner Geschäftsführung erhoben werden.“

gez.: Drei Unterschriften.“

Dieses Zeugnis wurde charakteristischer Weise durch den Stadthauptmann in Wilna schleunigst beseitigt und durch das alte ersetzt, mit dem sich Herr Dr. Ponski alsbald nach Potsdam begab.

Das Urteil des Soldatenrats in Wilna, an dessen Objektivität wir zu zweifeln keine Ursache haben, zeigt die Fähigkeit des Herrn Dr. Ponski in einem anderen Licht, als er sie selbst vor Gericht in breiter Ausführlichkeit darlegte und sie vom Gericht dem Urteil zugrunde gelegt wurde. Für die Verfassungstreue des republikanischen Beamten Dr. Ponski sei übrigens nebenbei erwähnt, daß er sich in einem dienstlichen Schriftstück an die Verwaltung Litauens als „Geheimer Regierungsrat und Ministerialrat im Arbeitsministerium, Igl. preussischer Hauptmann d. R. im Grenadierregiment 11“ bezeichnete. Der 2. Titel wurde — offenbar gleichfalls aus „Unkenntnis der Verfassung“ — von dem treuen Beamten der Republik handschriftlich hinzugefügt.

## Ein Mörder von Rosa Luxemburg verhaftet?

Wie die „Freiheit“ erfährt, wurde Beutnant Krull, der in dem Verdacht steht, an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen zu sein, von der Staatsanwaltschaft verhaftet. Krull spielte in dem berüchtigten Vatikan-Abenteuer eine besondere Rolle. Er gehörte zu dem „Sturmbataillon Kobach“, das im Oktober 1919 wider dem Verbot der Reichsregierung über die ostpreussische Grenze rindrang und gegen die deutsche Republik Krieg führen wollte. Schon damals rühmte er sich vor seinen Kameraden, Rosa Luxemburg erschossen zu haben, und zwar ist er seinen eigenen Angaben nach der unbekannt gebliebene Schütze, der von dem Trittbrett des Automobils aus den tödlichen Schuß auf Frau Luxemburg abgab.

Es ist dringend zu hoffen, daß die Staatsanwaltschaft mit dem gleichen Eifer an die Verfolgung der Angelegenheit herangeht, den sie kommunistischen Sprengstoffhelden gegenüber an den Tag zu legen pflegt. Besonders wünschenswert wäre es, wenn die Öffentlichkeit von einer offiziellen Stelle aus so schnell wie möglich über den Stand der Angelegenheit informiert würde.

## Groß-Berlin

### Braunkohlensunde bei Erkner?

Nach einer Meldung eines Berliner Mittagsblattes soll bei Tiefbohrungen, die die Stadt Berlin zur Anlage eines neuen Wasserwerkes bei Erkner anstellen läßt, ein mächtiges Braunkohlensfeld angebohrt worden sein.

Da das Vorkommen kleinerer Braunkohlensagerungen in der Umgegend Berlins keine Seltenheit darstellt, so muß erst eine nähere Untersuchung ergeben, ob der Fund für Berlin tatsächlich von wirtschaftlicher Bedeutung sein kann. Die Fundstelle soll übrigens auf festem, außer dem Fund sind bei sämtlichen angrenzenden Besitzungen die Nutzungsrechte grundsätzlich seit Alter Zeit dem Bergfiskus (Bergwerksdirektion Kollberg-Rudersdorf) vorbehalten, so daß für die etwaige Ausbeutung lediglich der Staat in Frage kommt.

Wie uns hierzu vom Magistrat auf Anfrage mitgeteilt wird, handelt es sich bei dem Funde nach den bisherigen Feststellungen nicht um ein abbaufähiges Feld, sondern um minderwertige Vorkommen, wie sie bei Wasserbohrungen öfters gefunden wurden. Es ist verfrüht, daran irgendwelche Hoffnungen zu knüpfen.

### Der Seeweg nach dem Osten.

#### Billiger als der Bahnverkehr.

Wie aus dem Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, haben die im Seebienst Dünreihen tätigen Reedereien, die Sahn-Linie und die Hamburg-Amerika-Linie, in Verständigung mit dem Reichsverkehrsministerium ab 1. Juni neue Tarife aufgestellt. Der bisherige Anteil des Seeweges am Fahrpreis ist von 110 M. auf 80 M. herabgesetzt, wodurch sich die Fahrpreise über den Seeweg Swinemünde—Wlatau von den verschiedenen Plätzen zum Teil sehr wesentlich günstiger stellen, als der direkte Bahnweg durch den Korridor.

Die nachstehende Gegenüberstellung der Fahrpreise von einigen Hauptplätzen nach Königsberg zeigt die Vorteile der Benutzung des Seeweges.

Swinemünde—Königsberg.		Über Wlatau—Swinemünde		Fahrpreisvorteile des Seeweges
Direkte Bahnfahrt	Ueber Wlatau—Swinemünde	Direkte Bahnfahrt	Ueber Wlatau—Swinemünde	
II. Klasse	232 M.	97 M.	135 M.	135 M.
III. Klasse	187 M.	80 M.	107 M.	47 M.
Stettin—Königsberg.				
II. Klasse	308 M.	132 M.	176 M.	176 M.
III. Klasse	128 M.	112 M.	16 M.	16 M.
Berlin—Königsberg.				
II. Klasse	219 M.	162 M.	57 M.	57 M.
III. Klasse	129 M.	129 M.	— M.	— M.
Hamburg—Königsberg.				
II. Klasse	822 M.	233 M.	589 M.	589 M.
III. Klasse	191 M.	168 M.	23 M.	23 M.

Die Fahrten finden täglich statt. Der Seeweg erfordert bekanntlich keine Paß- und Zollformalitäten; der übliche Personalausweis genügt. Der Anschlußverkehr von Berlin nach Swinemünde und von Wlatau nach Königsberg wird durch besondere Seedampfer-Einzüge aufrecht erhalten.

### Gegen Auswüchse des Berliner Nachtlebens

richtete sich die Ankündigung einer von Gegnern des Alkohols zu Montag nach dem Stadthaus einberufenen Versammlung. Die meisten der Referenten — es sprachen Universitätsprofessor Riebergall-Heidelberg, die Abgeordnete Genossin Dr. Wegweider, ein Oberverwaltungsgerichtsrat Weimann, ein Arzt Dr. Rüdmann, ein katholischer Pfarrer — betonten die Schädlichkeit des Alkohols überhaupt, im besonderen seine Gefahren für Kinder und Jugendliche. Der Hauptreferent Riebergall äußerte sich scharf gegen das Treiben in Schlemmerkstätten der Großstädte,

Damen heran und gewann um so eher die Zuneigung der Damen und Mädchen, als er über viel Geld zu verfügen schien. Wenn er einer Dame das Heiratsversprechen gegeben hätte, so kam er auch schon bald mit der freudigen Botschaft, daß er eine sehr günstige Gelegenheit habe, eine Wohnungseinrichtung für den zu gründenden gemeinsamen Haushalt billig zu kaufen. Sobald er jedoch das Geld in der Tasche hatte, ließ er sich nicht mehr sehen, suchte vielmehr sofort ein neues Opfer und spielte wieder den Kanakler. Eine Dame aus der Provinz, die der Schwärmer, der als ein 30 Jahre alter aus Krefeld gebürtiger Alfred Schrey festgestell wurde, auf einer Reise kennenlernte, beschloß bereits eine reiche Aussteuer und wertvolle Möbel. Schrey bewog sie unter der Vorwand, daß er sofort in Berlin den Hausstand gründen wolle, alles an seine Berliner Adresse zu senden. Als jedoch die Güter in Berlin eintrafen, ließ er sie gleich nach dem Empfang verweigern und steckte den Erbs ein. Auf diese Weise erbeutete der Gauner in der letzten Zeit mehrere Hunderttausend Mark. Die Dienststelle C. II. 5 der Kriminalpolizei spürte ihn in Blankenburg auf, wo er festgenommen wurde.

„Siedlung und Kleingarten“, unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postauflage bei.

Bereinigung der Freunde für Religion und Völkerverständigung, abends 7/8 Uhr, spricht Herr Warrer Dieker in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule, Ankerstraße (nahe Savignypfad), über den bekannten indischen Dichter Rabindranath Tagore.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 8. Juni:

12. Ust. (Wirtschaftsp.). Der Reichsbund tritt aus und findet Mittwoch den 11. Juni, hat. Bald nach dem Bekanntwerden. 14. Ust. 68 und 7. Bezirk. Rabindranath Tagore, indischer Dichter, 16. Ust. (Wirtschaftsp.). 7/8 Uhr im Zeichenaal der II. Ordnungs-Bezirksversammlung.

# 12. Verbandstag der Holzarbeiter.

Hamburg, 6. Juni 1921.

Der Verbandstag wurde am Sonntag, nachdem die Begrüßungsansprachen, die Bureauwahl und die Wahl der Kommissionen vorhergegangen, mit einem schönen Festabend eingeleitet. Als Verhandlungsleiter wurden ohne Widerspruch Verbandsvorsitzender Tarnow und der Hamburger Zahlstellenleiter Bannhoff gewählt. — Zahlreicher als auf irgend einem vorhergehenden Verbandstag sind die angemeldeten und zum größten Teil bereits erschienenen Delegationen verbrüderter Körperschaften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (Grafmann), Internationaler Bund der Holzarbeiter (Woudenberg-Amsterdam), zwei schwedische Verbände, ein englischer Verband, ein tschechoslowakischer, ein Schweizer, ein belgischer, ein österreichischer, ein norwegischer, zwei dänische Verbände.

Ein lebhafter Protest, begründet durch Gauleiter Kahl-Breslau, wurde gegen die mit allen terroristischen Mitteln erstrebte Postrensung und

## Vergewaltigung Oberschlesiens

erhoben, deren Delegierte den Verbandstag nicht erreichen konnten. Am Montagmorgen begannen die Verhandlungen. Die Verlesung der Präzedenzliste ergab die Anwesenheit von circa 300 Delegierten und 40 Vertretern des Vorstandes, Ausschusses, der Redaktion und Preskmission und der Gauleitungen. Ein Antrag, zum Punkt „Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen“ einen Korreferenten zu bestellen, wurde abgelehnt. Ablehnung fanden auch alle Anträge auf Umstellung sowie Erweiterung der vorgeschlagenen Tagesordnung. Bei der Stellung der Unterstützungsfrage zu den in der Vorlage enthaltenen 459 Anträgen wurden neben einer Reihe von Anträgen anderen Charakters auch solche nicht genügend unterstützt und damit von vornherein fallen gelassen, die eine Bescheidung des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Moskau und den Anschluß an die Internationale, S. H. Moskau, verlangten.

Vor Eintritt in die Vorstandsberichterstattung widmeten M. Petersen - Kopenhagen, Groß-Wien, Reichmann - Zürich im Namen der übrigen auswärtigen Gäste dem Verbandstage mit starkem Beifall aufgenommene Begrüßungsworte.

Dann gab Tarnow den Vorstandsbericht. — An die Spitze seiner Ausführungen setzte er Worte des Gedankens an die seit dem letzten Verbandstag der Organisation entrisenen Kollegen:

**H. Neumann, Stütze, Gerlicke, C. Legien,**

aber auch an die verstorbenen namenlosen Kollegen, die ebenfalls so treu und beharrlich dem Verband gedient. — In bezug auf den Vorstandsbericht ergänzte er im wesentlichen das den Delegierten zugestellte Jahrbuch und den gedruckten Vorstandsbericht, aus dem wir die wichtigsten Entwicklungsziffern bereits in einem Vorbericht besprochen, in einer mehrstündigen Rede. In Polen hat der Verband

## Infolge der Gebietsabtretungen

18 Zahlstellen mit über 2000 Mitgliedern, an Dänemark 6, an Frankreich 5 Zahlstellen abtreten müssen. — Im einzelnen bespricht der Redner die Art und Weise der Ausführung der Anträge, die der letzte ordentliche und dann der außerordentliche Verbandstag dem Vorstand überwies. Die Schaffung eines Reichstaxtarifs für Sägemerke war ein sehr wichtiger Wunsch des Vorstandes, gelang aber bis jetzt nicht ganz, jedoch sind starke Bezirksverträge geschaffen.

Zur Tätigkeit des Vorstandes selbst sagt der Redner, daß außerordentlich schwer der Wechsel empfunden wurde, der wiederholt im Vorhinein des Vorstandes eingetreten ist. Kollege Seipart, der als Minister nach Württemberg ging, war der überragende Leiter des ganzen Vorstandes. Als er ging, waren sich alle Stimmen des Vorstandes darüber einig, daß als Nachfolger Seiparts nur Neumann in Betracht kommen konnte. Aber der Vorstand setzte von Anfang an in banger Sorge darum, daß ihn Neumann plötzlich entrisen werden konnte. Und das trat dann auch ein. Die weitere Wahl ist dann auf Tarnow gefallen, der von sich nur sagen will, daß er sich mit aller Kraft bemüht habe, sich in seine Aufgabe hineinzuarbeiten. Neue Aufgaben haben eine Vergrößerung des Verbandsbureaus notwendig gemacht. Die Mitgliederzahl und Angestelltenzahl im Hauptbureau verdoppelte sich, aber die Zahl der Lohnbewegungen verminderte sich, die Zahl der Beileistungen verlebte sich. Nebenbei steht es auch mit der Zahl der Uebertritte und noch anderen Fragen. Es wird daher nötig sein, weitere Anstellungen im Verbandsbureau vorzunehmen, um dort wieder zu einigermaßen menschen-

lichen Arbeitsverhältnissen zu kommen. — Die Mitgliederbewegung ist im ganzen genommen erfreulich.

## Kriege und Abwanderung

und zum Teil auch unangenehme Auseinandersetzungen haben die Werbestraft des Verbandes in letzter Zeit etwas abgeschwächt. Er wird sich bemühen müssen, diese Minderkraft zu beheben. — Was mit Lohnbewegungen zu schaffen war, habe der Vorstand eifrig erfüllt. Er sei in Lohnbewegungen fast erstickt und auch bis an die Grenze der Finanzkraft des Verbandes gegangen. Glücklicherweise habe die Disziplin des Verbandes ausgereicht, um einzulenken, als etwas gebremst werden mußte. Ein außerordentlicher Verbandstag befandete ebenfalls volles Verständnis zur finanziellen Kräftigung des Verbandes. — Differenzen, die sich aus der kommunistischen Strömung bestimmter Mitgliederkreise ergaben, sind nicht völlig ausgeblieben, jedoch auch durchaus nicht so erheblich aufgetreten wie in manchen anderen Organisationen. Zulezt beruhe dies wohl nicht zum wenigsten auf der Tatkraft des Vorstandes, den Zahlstellen diese Differenzen möglichst allein ausfechten zu lassen, wobei dann vielfach die Erkenntnis unter den Mitgliedern

aufkam: wie wüßten wir doch gegen unsere eigenen Interessen, indem wir uns gegenseitig die Köpfe zerhacken. — Ein ernsthaftes Zerwürfnis trat nur ein zwischen Vorstand und der Zahlstelle Halle. Der Vorstand legte der Ortsverwaltung die Abgabe einer Erklärung vor, die als Mindestforderung an die vom Verband hochzuhaltenden Grundsätze anzusehen ist. — Die Abgabe einer solchen Erklärung wurde abgelehnt. Die letzte Neuwahl der Ortsverwaltung in Halle sah nur noch eine kleine kommunistische Majorität. Wiederum ist der Verwaltung in Halle die Abgabe einer Erklärung, sich im Rahmen der Beschlüsse des Verbandes, der Gewerkschaftskongresse und der Amsterdamer Internationale zu halten, auferlegt. Diese Erklärung ist noch nicht abgegeben worden, aber der Redner hofft, daß die Beschlüsse dieses Verbandstages nun die Kollegen von Halle vernünftigerweise dazu führen werden, ihren Frieden mit der Zentralstelle zu machen. — Einige wenige Ausschüsse von Kollegen werde der Verbandstag noch nachzuprüfen Gelegenheit haben. — Redner bespricht eine Reihe innerer Verwaltungsmaßnahmen organisatorischer Art. Mit der

## Abfassung einer Verbandsgeschichte

ist Redner vor Jahren betraut worden, aber Krieg und Befestigung mit dem Vorstandsposten haben bis jetzt die Fertigstellung gehindert. Dann ist Kollege Seipart mit dieser Arbeit betraut worden, aber wieder zurückgetreten, weil die Uebernahme des Vorsitzendenpostens im ADGB vorangestellt werden mußte. — In absehbarer Zeit wird nun aber ein Werk, darstellend „Die Geschichte des Holzarbeitergewerbes“ erscheinen. — Der Vorstand hat weiter eine „Volkswirtschaftliche Abteilung“ mit einer nationalökonomisch geschulten Kraft, Dr. Cassau, an der Spitze, eingerichtet. Die Bestätigung dieser Einrichtung ist dem Verbandstag vorbehalten. — Die Drucker- und Buchhandlung des Verbandes entwickeln sich günstig, ebenso das Fachblatt, das vor dem Kriege im Höchstfall 12 000 Abonnenten hatte, jetzt 22 500 hat.

Redner bespricht dann

## die Arbeitslosenfrage

und die Teilnahme des Vorstandes an Maßnahmen zur Behebung. Der Vorstand habe nichts unterlassen, um das Elend der Arbeitslosen zu mildern. Es sei auch eine ganze Menge erreicht worden durch den Druck der gewerkschaftlichen Organisation. Eine Milliarde ist im Jahre 1920 vom Reich, eine Milliarde auch von den Ländern und Gemeinden an die Arbeitslosen gezahlt worden. Im November vorigen Jahres ist durch den Druck der Gewerkschaften noch eine Erhöhung der Unterstützungssätze durchgesetzt worden. Aber die Gewerkschaften sind weiter gegangen und haben ihre bekannten 10 Punkte aufgestellt, in denen im wesentlichen statt Unterstützung Arbeit verlangt wird, bei deren Vergabe den Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Erfolge sind auch hier erzielt worden, insbesondere bei der Reichsverkehrsverwaltung, in deren Ausschüssen zur Regelung von Arbeit stets auch ein Vertreter des Holzarbeiterverbandes ist. Daneben ist die Regierung aufgefordert worden, durch die Behebung der Bau-tätigkeit der Arbeitslosigkeit zu steuern. Auch hier sei schon etwas getan worden. Der Redner zeigt, wie der Verband hier noch weiterdrängend und organisierend vorgehen will. Schon seit Jahren habe der Verband auch darauf hingearbeitet, daß bei allen öffentlichen Ver-

halten das Privatunternehmertum ausgeschaltet wird, so auch bei den Wiederaufbauarbeiten. Mag auch dieses Problem so oder so gelöst werden, Behebung der Bau-tätigkeit und Wiederaufbau werden die Arbeitslosigkeit sehr stark eindämmen, vielleicht gänzlich beseitigen.

Die besonderen Interessen der arbeitslosen Holzarbeiter voran der Vorstand besonders in der Frage der Holz-wirtschaft, und auch hier nicht ganz erfolglos. Was hier nicht mit einem Schritte erreicht wurde, und auch nicht erreicht werden kann, dazu müsse und werde die Anzahl Schritte gemacht werden, die notwendig ist. Tarnow entwickelte die aufgestellten Forderungen zur

## Beschneidung der Selbstherrlichkeit des Privatkapitals

und die ihnen zuteil gewordene öffentliche Beachtung. Uns schwebt der Gedanke vor, zunächst einmal das ganze Holzmaterial in öffentlichen Fortan in Gemeinwirtschaft zu überführen und so die Grundlage zu haben, die ganze Holzwirtschaft zu dirigieren. Die Wege, die Bedenken der Länder im Reich dabei zu überwinden, müssen gefunden werden. Redner zeigt noch durch weiteres Eingehen auf den ganzen Fragenkomplex, wie die Schwierigkeiten zwar noch nicht überwunden sind, aber wie man auf dem Wege dazu ist. Sie glatt zu überwinden, sei auch eine Unmöglichkeit, denn es seien Fragen der Entwicklung, die Zeit beanspruchen. Das möge die Kritik würdigen und anerkennen, daß die Leiden der Arbeitslosen noch ganz erheblich größer gewesen wären, wenn die von den Gewerkschaften für richtig gehaltenen Mittel nicht angewandt worden wären. (Lebhafte Beifall.)

## Aus England.

Man rechnet mit der Möglichkeit einer allgemeinen Arbeits-einstellung in der Maschinenindustrie. Weil „man“ die Löhne ab-bauen will? — Die Bergwerksbesitzer suchen Eindruck zu schinden durch die Mitteilung, daß 190 Kohlen-schächte wieder in Betrieb seien. Es sollen aber „meist kleinere Schächte“ sein, wie in Swamold.

Die Hafenarbeiter in Buenos Aires beschließen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Beller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. W. Beller, Berlin, Verlag: Hermann-Brosch & Co., Berlin, Druck: Hermann-Brosch-Verlag, Berlin, Verlagsanstalt Hans Einar v. Go., Berlin, Unterstr. 2.

## Gewinn-Auszug

17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie  
3. Klasse, 22. Ziehungstag, 6. Juni 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Kopf- und die Fußnummer in den beiden Abteilungen I und II

Obere Gewinne.	Nachdruck verboten.
Es wurden Gewinne über 300 Mark gezogen.	
2 zu 1000 M und die Prämie zu 500000 M 24322	
4 zu 300 M und die Prämie zu 100000 M 120401 214318	
2 zu 75000 M 62085	
2 zu 10000 M 33149	
2 zu 5000 M 62238	
76 zu 3000 M 3287 4449 7951 14140 15224 15492 30977 31036 31601	
41418 42498 0008 65016 74657 78151 85618 88583 99211 99262 102334	
113155 124549 125811 138055 140730 151155 151548 152901 152188 160893	
170161 179555 205440 209773 212800 225 87 229467 230365	
155 zu 1000 M 2591 3452 7805 8440 8575 12817 15266 16395 17132	
19714 24102 24372 27608 31014 32371 33587 39903 44195 45790 49883	
50377 5 059 57260 62257 63336 76720 76160 77610 77007 80087 81590	
81225 87185 87583 101413 102319 102938 105485 113164 119091 121076	
122149 125004 129892 131190 132204 134929 135487 136378 147391 162313	
162272 166590 180514 181352 182117 182541 184281 185005 190417 193155	
194315 197360 197964 205039 205382 206627 206543 214353 214668 222087	
225076 226281 227403 231343 23430 236005 238218	
318 zu 500 M 2041 2314 2719 2749 7656 10131 10585 12604 14298	
15238 18465 20717 22310 24743 25516 27342 28143 28545 30301 37047	
37912 38747 39481 40928 41041 40753 49573 52734 54475 54543 59217	
60813 63442 63833 64328 64594 65245 71659 75337 81955 82758 87914	
84870 87604 89315 99191 104720 105394 107541 110110 114001 116488	
121412 124165 124282 128300 132200 135903 139699 137800 138231 15699	
146878 147928 151107 151265 152795 156230 156289 157811 158598 161436	
165954 166421 171835 176337 177085 179005 180317 183444 184850 188211	
188258 187810 184602 184691 19183 201879 203687 205871 206386 207765	
20798 209631 211110 212577 214005 214300 216525 220070 221891 223150	
228302 227814 22 722 220866 220762 22272 22731	

Die Ziehung der 1. Klasse 15-244. Lotterie findet statt am 12.-13. Juli.

**Engelhardt Ausschank**  
Ab 8. Juni 1921  
gelangt in unseren sämtlichen Großberliner Ausschankstellen  
**nur Friedensbier**  
zum Anstich.  
Engelhardt-Brauerei Aktien-Gesellschaft.

### Nutzeisen

Stabstaben, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstangen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben

**Nutzeisenabteilung, Bin.-Neukölln**  
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170  
**COHN & BORCHARDT**  
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48  
Telegr.-Adresse „Erzobor“, Tel. Lichtenbg. 646/647

### Metal-Bettstellen

Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel

**Fürst, Neukölln**  
Hermannstraße 38  
Ecke Mahlower Str.  
Fabrikpreise  
Lieferung frei Haus

Verkauf **Art** Weinen  
bei  
Gold- und Silberbruch.  
Charlottenb., Deel. St. 14.

Zähne 4 an  
Zahnarzt W. o. f.

Tel. zahlung, 3 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb  
3. Zahnzahnen m. Einagr. höchst schmerz-  
lind. Umabr. schlechtl. Gebisse. Rep. tot.  
Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprechz. 9-7.

**Parzellen**  
günstige Lage, prächtig Millig  
Südrainage, Ferner, Bah-  
hof Strausberg, Constanthofstr. 7

### Möbel-Angebot.

Sollte Möbelwerke liefert Spezial-Ein- u. Zweisimmer-  
Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen Zinsvergütung  
bei mäßiger Anzahlung und geringen monatlichen  
Ratenzahlungen. 102, Postamt O 27.  
Keine Anliefer. Große Auswahl.

## Reise- u. Sportartikel

inferieren Sie mit hervorragendem Erfolge im „Vorwärts“

**M. & P. Uder, SO. 18, Engeliner 5**  
Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupitabak  
G.A. Hanewacker • Goldfarb • Landfried • Eicken • Raulino  
Oidenkott • Geöffnet 8-2 u. 3-5 Uhr. Moritzpl. 3014, 13720

Wer den **Kapitän-Kautabak** einmal ver-  
sucht hat, wird wegen seines eigenartig feinen Ge-  
schmacks nicht am treuer Kunde bleiben. Man verlange  
überall ersten Kapitän-Kautabak in den Geschäften  
Carl Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22. (Kgst. 366.)

## NEVEN & CO.

Spezialhaus für  
**Holz-Aufwaschtische**  
**Marmor-Waschtische**  
**Bade-Einrichtungen**  
**Sanitäre Steingutwaren**

Berlin C 19 Untergrundbahn  
Wallstr. 25 Spittelmarkt-Inselbrücke